

POLITISCHES SEKRETARIAT

p.B.58.2 Jugosl. - MEC/BUG

Bern, den 20. August 1991

DIE JUGOSLAWISCHE KRISE

1. Historischer Ueberblick	S. 1
2. Die Auswirkungen des Friedensplanes von Brioni	S. 2
a) für Slowenien	S. 2
b) für Kroatien	S. 3
3. Die Bedeutung der Armee	S. 4
4. Die Konferenz von Ohrid (22.7.1991)	S. 5
5. Die Ausweitung der EG-Beobachtermission	S. 5
6. Weitere Massnahmen der EG	S. 6
7. Die Entwicklung der Krise seit dem Aufruf des Bundespräsidiums zum Waffenstillstand (6.8.1991)	S. 7
7.1. Der Waffenstillstand	S. 7
7.2. Das KSZE-Dringlichkeitstreffen	S. 7
7.3. Die politisch-militärische Organisation der Muslime	S. 8
8. Die serbischen Absichten	S. 9

Anhang:

1. Karte Jugoslawiens
2. - Diagramm über die Pro-Kopf-Einkommen der jugoslawischen Teilrepubliken
 - Diagramm über die ethnische Zusammensetzung der Bundesarmee

POLITISCHES SEKRETARIAT

p.B.58.2.Jugosl. - MEC/BUG

Bern, den 20. August 1991

DIE JUGOSLAWISCHE KRISE1. Historischer Ueberblick

1918 wurde das Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen geschaffen. Die katholischen Slowenen und Kroaten wurden mit den orthodoxen Serben und mit den Muslimen zusammengefasst und von Anfang an miteinander konfrontiert. Damit waren bereits die Voraussetzungen für die heutigen Konflikte gegeben. Die Freiheitsbestrebungen der Kroaten gehen auf die frühen 20-iger Jahre zurück. Schon zu dieser Zeit war der südslawische Staat serbisch dominiert.

Der deutsche Ueberfall auf Jugoslawien im Verlauf des Zweiten Weltkrieges war für die Kroaten die günstige Gelegenheit, sich von der serbischen Vorherrschaft zu befreien. So kam es zur Kollaboration der Kroaten gegen die Serben. Damit erklärt sich zum Teil die heutige Feindschaft zwischen Serben und Kroaten, die in der Krajina, dem mehrheitlich von Serben besiedelten Gebiet Kroatiens (cf. Anhang 1) zu den gegenwärtigen heftigen Auseinandersetzungen zwischen diesen beiden Völkern führte.

Nicht minder wichtig ist jedoch der Umstand, dass die Krajina das Grenzgebiet war zwischen dem österreich-ungarischen Reich und dem ottomanischen Reich, also die Nahtstelle zwischen dem katholischen Westen und dem orthodoxen Osten, wo die Gegensätze offensichtlich heute noch aufeinander prallen. Die ethnisch-kulturellen Gegensätze zwischen Slowenien und Kroatien einerseits und Serbien andererseits werden zudem durch das unterschiedliche Wirtschaftsniveau in den betreffenden Teilrepubliken überlagert (cf. Anhang 2).

Unter dem kommunistischen Regime konnten die nationalen Gegensätze durch die einheitliche Ideologie und die Repression unterdrückt werden. Mit dem Ende des Kommunismus begann die serbische Teilrepublik ihre aggressiv-hegemonistische Politik. Serbien ist die einzige Teilrepublik, die noch immer von Kommunisten regiert wird, die sich mittlerweile allerdings Sozialisten nennen.

Vor dem Hintergrund des serbischen Hegemoniestrebens sind die Unabhängigkeitsbestrebungen Sloweniens und Kroatiens zu sehen, die es zunehmend als Zumutung empfanden, weiterhin mit Serbien zusammen in einem Staatsverband zu verbleiben. Nach der Proklamation der Unabhängigkeit Sloweniens und Kroatiens kam es Ende Juni zur missglückten Militärintervention der Bundesarmee in Slowenien, die den eigentlichen Bürgerkrieg auslöste. Die Versuche der EG, die Gewaltanwendung zu verhindern, waren bisher erfolglos.

2. Die Auswirkungen des Friedensplanes von Brioni

a) für Slowenien

Nach der missglückten Militärintervention der Bundesarmee in Slowenien war es naheliegend, dass sich die Anstrengungen der EG vor allem auf die Teilrepublik Slowenien konzentrierten. In der Erklärung von Brioni war zwar die Möglichkeit, die Beobachtermision auch auf Kroatien auszudehnen, enthalten, aber eben nur als Möglichkeit von der in einer ersten Phase nicht Gebrauch gemacht wurde. Im übrigen ging die EG-Troika davon aus, dass mit der dreimonatigen Suspendierung der Unabhängigkeit Sloweniens und Kroatiens sowie der Verpflichtung aller Teilrepubliken vor dem 1. August Verhandlungen über die politische Neuordnung Jugoslawiens aufzunehmen, die Lage in ausreichendem Masse beruhigt werden könne.

Ruhe ist jedoch erst in Slowenien eingekehrt. Die Niederlage der Bundesarmee verbunden mit dem internationalen Druck durch die EG-

Beobachtermission dürfte vor allem die serbische Führung bewogen haben, im Bundespräsidium für den Rückzug der Einheiten der Bundesarmee aus Slowenien zu plädieren. Am 18.7.91 beschloss das vollzählige Bundespräsidium, mit sofortiger Wirkung die Truppen abzuziehen. Der Rückzug soll innert dreier Monate abgeschlossen sein.

Dieser Rückzugsbeschluss bedeutet faktisch die serbische Anerkennung der slowenischen Unabhängigkeit. Mit diesem Beschluss scheint sich zwangsläufig eine Aenderung der serbischen Strategie abzuzeichnen. Bisläng strebten die serbischen Kommunisten ein serbisch dominiertes, zentralistisches Jugoslawien innerhalb der heutigen Grenzen an. Die gescheiterte Invasion liess dieses Vorhaben jedoch äusserst unrealistisch erscheinen. Da diese abtrünnige Teilrepublik praktisch nur von Slowenen bewohnt wird, gibt es keine zwingenden ethnischen Gründe, nicht auf Slowenien zu verzichten. Dieser Verzicht erlaubt es Serbien, die Kräfte verstärkt auf die Errichtung eines gross-serbischen Staates zu konzentrieren, d.h. zunächst auf die Einverleibung der von Serben besiedelten Gebiete Kroatiens.

b) für Kroatien

Kroatiens Vertreter Mesic, der Vorsitzende des Bundespräsidiums, hatte gegen den Truppenabzug gestimmt, weil die Truppen nur aus Slowenien, nicht aber aus Kroatien abgezogen werden. Die kroatische Regierung befürchtet, dass die zurückgezogenen Truppen in der Vojvodina und in Bosnien-Herzegowina entlang der kroatischen-serbischen Grenze stationiert werden, um so mehr Druck auf Kroatien ausüben zu können.

Seit der de-facto-Anerkennung der slowenischen Unabhängigkeit befindet sich Kroatien in einer weit prekäreren Lage als zuvor, da sich der serbische Widerstand gegen die Auflösung des Staatsverbands ganz auf Kroatien konzentriert. Aufgrund seiner ethnischen Zusammensetzung - 11 % der Bevölkerung sind Serben - kann dieses unter keinen Umständen damit rechnen, dass die kommunistische serbische Führung auf Kroatien verzichten wird.

Seit dem 15. Juli, also seit rund einer Woche nach der Erklärung von Brioni, rissen die Kampfhandlungen zwischen Kroaten und Serben nicht mehr ab. Dies scheint die These der erwähnten Strategieänderung der Serben zu erhärten. Bisher hat sich kein kommunistisches Führungsmittglied auch nur zu den serbischen Angriffen geäußert, geschweige denn sie verurteilt. Höchst fragwürdig ist auch der Umstand, dass diese illegalen Verbände selbst über schwere Waffen verfügen.

3. Die Bedeutung der Armee

In der Tat mehren sich die Anzeichen, dass die Armee seit der missglückten Militärintervention in Slowenien mehr und mehr Partei für die serbischen Extremisten ergreift. Vor dieser Intervention kam der Bundesarmee noch eine gewisse stabilisierende Funktion zu, indem sie, als Puffer zwischen die verfeindeten Parteien geschoben, den offenen Bürgerkrieg einstweilen noch verhinderte.

Die schon vorher stark von Serben dominierte Armee - vor dem Ausbruch des Bürgerkriegs waren bereits 70 % der Offiziere serbischer Nationalität (cf. auch Anhang 2) - wird durch die Entwicklung der Umstände zunehmend zu einem serbischen Instrument:

Seit dem Beschluss des Bundespräsidiums, die Armee aus Slowenien abzuziehen, sind die Slowenen nicht mehr zum Dienst in der Bundesarmee verpflichtet. Kroatien entsendet ebenfalls keine Rekruten mehr in die Belgrader Armee. Mazedonien und Bosnien-Herzegowina lassen die Stationierung ihrer Soldaten nur noch in ihren eigenen Republiken zu. Bosnien-Herzegowina hat überdies im Juli gar keine Wehrpflichtigen mehr aufgeboden. Dagegen werden vermehrt serbische Reservisten unter die Fahnen gerufen.

4. Die Konferenz von Ohrid

Die für den 22. Juli in Ohrid angesetzte Konferenz des kollektiven Staatspräsidiums sowie der Republikspräsidenten hätte einen doppelten Zweck erfüllen sollen. Zuerst hätte die Gewaltanwendung in Kroatien beendet werden sollen. Es war vorgesehen, dass die Republikspräsidenten eine Erklärung unterzeichnen würden, mit der sich alle Seiten verpflichtet hätten, bei der Lösung des Konflikts keine Gewalt anzuwenden. Dann wäre die Konferenz gleichzeitig auch der Beginn der Gespräche über die politische Neuordnung Jugoslawiens gewesen.

Der kroatische Präsident Tudjman benützte die Konferenz, um erneut seine Forderung nach dem bedingungslosen Rückzug der Bundesarmee auch aus Kroatien vorzubringen. Da er mit seiner Forderung nicht durchdringen konnte, kehrte er vorzeitig nach Zagreb zurück, womit die Konferenz gescheitert war.

5. Die Ausweitung der EG-Beobachtermission

Am 26.7.91 boten die EG-Aussenminister den jugoslawischen Behörden an, ihre Beobachtermission auf Kroatien auszudehnen. Das Ersuchen von Bosnien-Herzegowina vom 16.7.91, das EG-Mandat auch auf diese Teilrepublik auszudehnen, wurde bisher nicht in Betracht gezogen.

Die vierte Verhandlungsreise der EG-Troika nach Jugoslawien vom 2. und 3.8.91 scheiterte am unbeugsamen Widerstand Serbiens. Vordringliches Anliegen der EG war es, zuerst einmal die Waffen zum Schweigen zu bringen, um überhaupt Beobachter plazieren zu können. Zu diesem Zweck verlangte die EG-Troika von allen Republiken sowie vom Bundespräsidium die Unterzeichnung einer Waffenstillstandserklärung. Serbien weigerte sich, diese zu unterzeichnen mit der Begründung, es handle sich lediglich um eine Angelegenheit zwischen den beiden Konfliktparteien Kroatien und Krajina. Kroatien hätte damit anscheinend gezwungen werden sollen, die Au-

tonomie des kroatischen, von Serben besiedelten Gebietes anzuerkennen. Serbien konnte damit eine weitere Internationalisierung der Krise vermeiden.

6. Weitere Massnahmen der EG

In einer Sondersitzung der Aussenminister vom 5.8.91 beschloss die EG, die KSZE und die UNO in die Lösung der jugoslawischen Krise einzubeziehen. Konsultationen mit dem UNO-Sicherheitsrat wurden aufgenommen. Für den 7.8.91 wurde eine KSZE-Sitzung nach dem Krisenmechanismus in Prag einberufen. Die damit erreichte Internationalisierung entspricht wenigstens zum Teil der von Kroatien verlangten internationalen Friedenskonferenz über den jugoslawischen Vielvölkerstaat. Innerhalb der EG wird auch die Frage der Anerkennung Sloweniens und Kroatiens geprüft. Würden diese beiden Teilrepubliken von einer namhaften Anzahl Staaten anerkannt, könnte man davon ausgehen, dass die Natur des Konflikts von einem innerstaatlichen zu einem zwischenstaatlichen angehoben würde und damit international mehr Gewicht bekäme. Gegen eine Anerkennung stellen sich aber Frankreich, Spanien, Grossbritannien und Italien, die selber Probleme mit Minderheiten haben und unangenehme Rückwirkungen auf ihre eigenen Länder befürchten (dies obwohl Frankreich an der Genfer Minoritätenkonferenz die Existenz von Minoritäten in Frankreich in Abrede stellte, mit der Begründung in Frankreich gäbe es nur Franzosen und Ausländer).

Im Falle eines zwischenstaatlichen Konfliktes wäre auch der Einsatz einer europäischen Friedenstruppe leichter zu rechtfertigen. Nach den Vorstellungen des französischen Aussenminister Dumas soll die WEU über die Entsendung von Truppen beraten, die als Puffer zwischen die Konfliktparteien geschoben würde. Hierbei ist nicht zu übersehen, dass Frankreich seit Jahren vermehrt die WEU zu aktivieren versucht. Falls es gelingen sollte, Kampftruppen zu entsenden, d.h. die WEU zu einer militärisch operationellen Organisation unter französischer Führung aufzuwerten, würde dies

die Stellung Frankreichs innerhalb Europas und auch bezüglich der USA stärken.

Bereits hat die Sowjetunion einen allfälligen Einsatz von Friedenstruppen in Jugoslawien als unnehmbare Einmischung in innere Angelegenheiten abgelehnt. Zu gross ist wohl die Furcht, dass nach dem "Präzedenzfall Jugoslawien" eine europäische Friedens-truppe auch auf dem Gebiet der UdSSR zum Einsatz gelangen könnte.

Zur Zeit scheint die Entsendung von eigentlichen Friedenstruppen nicht mehr zur Diskussion zu stehen.

7. Die Entwicklung der Krise seit dem Aufruf des Bundespräsidiums zum Waffenstillstand

7.1. Der Waffenstillstand

Am 6.8.1991 rief das Bundespräsidium alle Parteien zu einem Waffenstillstand auf. Seit der Inkraftsetzung sind jedoch bis zum 16. August 92 serbische Angriffe zu verzeichnen gewesen. Erstaunlicherweise werden zwischen Kroatien und Serbien dennoch Gefangene ausgetauscht. Es handelt sich hierbei anscheinend um das einzige Thema, über welches verhandelt werden kann.

Am 19.8. hat der kroatische Bundespräsident mit dem Rücktritt gedroht, falls die Bundesarmee weiterhin in Kämpfe zwischen Serben und Kroaten eingreifen sollte.

7.2. Das KSZE-Dringlichkeitstreffen

Am 8. und 9. August fand in Prag das zweite Dringlichkeitstreffen des KSZE-Ausschusses hoher Beamter statt. Dabei wurde beschlossen, die EG-Beobachtermission geographisch auszudehnen und Beobachter aus Nicht-KSZE-Staaten daran zu beteiligen. Das erweiterte Einsatzgebiet wurde jedoch nicht explizit auf Kroatien ausgedehnt. Das liesse zumindest theoretisch die Annahme zu, in die EG-Mission später einmal auch Bosnien-Herzegowina einzubeziehen (Bosnien-Herzegowina hat schon um die Ausweitung der EG-Mission

auf ihr Territorium nachgesucht), ja sogar Kosovo, das sich am 8.8., mit der Bitte an die EG gewandt hat, die Beobachtungsmission möge auch auf die ehemalige autonome Provinz ausgedehnt werden. Offensichtlich wird eine neue Gewaltwelle gegen die Kosovo-Albaner befürchtet.

Der KSZE-Ausschuss forderte die Bundesregierung sowie die sechs Republiksregierungen auf, bis am 15. August Gespräche über die politische Neuordnung Jugoslawiens zu beginnen. Nach letzten Meldungen könnte der Verhandlungsbeginn am 20.8. erfolgen.

7.3. Die politisch-militärische Organisation der Muslime

Sowohl im Kosovo als auch in der Vielvölker-Teilrepublik Bosnien-Herzegowina (cf. Anhang 1) versuchen die Muslime der serbischen Bedrohung durch eine politisch-militärische Organisation zu begegnen. Vor kurzem wurde in Sarajewo der "Rat zur nationalen Verteidigung der Muslime" gegründet, dessen Vorsitzender der Präsident Bosnien-Herzegowinas, Alija Izetbegovic ist. Im Kosovo hat die "Partei der demokratischen Aktion für das Kosovo" den "Verteidigungsstab der Muslime gegründet", der mit der bosnisch-herzegowinischen Organisation zusammenarbeiten wird.

Es ist allerdings fraglich, ob dieser Bewegung mehr als nur psychologische Wirkung zukommt. Die Kosovo-Albaner dürften kaum ein grosses Verteidigungspotential aufbringen können. Vorstellbar wäre jedoch ein Partisanenkrieg, falls weitere serbische Uebergriffe erfolgen sollten. Der Zusammenschluss zwischen kosovo-albanischen und bosnisch-herzegowinischen Muslimen wird zudem von vornherein durch das dazwischenliegende serbientreue Montenegro geographisch erschwert. Von Bosnien-Herzegowina aus ist dieser Zusammenschluss jedoch als deutliches Signal an Milosevic zu verstehen, der schon seit längerer Zeit versucht, diese Teilrepublik auf die Seite Serbiens zu ziehen.

Unabhängigkeit von Belgrad demonstrieren Kosovo und Bosnien-Herzegowina übrigens auch mit der am 13. bzw. 16. August er-

folgten Ankündigung von Volksabstimmungen über die künftigen Staatsformen ihrer Territorien.

8. Die serbischen Absichten

Die Lösung der jugoslawischen Krise gestaltet sich deshalb so schwierig, weil sich die Kämpfe für die serbischen Extremisten bis jetzt bezahlt gemacht haben. De facto haben sie der kroatischen Teilrepublik die zum "Autonomen serbischen Gebiet" erklärte Krajina entriessen.

Damit haben sie dem übersteigerten Nationalismus, dem einzigen politischen Gehalt der serbischen Führung Vorschub geleistet. Das Ziel von Milosevics Equipe ist die Errichtung eines gross-serbischen Staates, der jedoch wenig klare Konturen aufweist.

Eine politische Lösung dürfte nur gefunden werden können, wenn sich die verschiedenen serbischen Gruppierungen auf eine realistische Konzept einigen können. Eine klare politische Linie ist in Serbien jedoch vorderhand nicht auszumachen.

Die heterogene Opposition setzt zwar die "sozialistische" Regierung vermehrt unter Druck, fordert die Bildung einer Regierung der nationalen Einheit und den Rücktritt von Präsident Milosevic. Sie hat es aber bisher nicht geschafft, ein einziges oppositionelles Konzept zur Lösung der serbischen Frage vorzulegen. Mit der jetzigen Regierung ist die Opposition jedoch darin einig, dass man auf Slowenien verzichten könne und dass Kroatien den Staatsverband nicht mit den jetzigen Grenzen verlassen dürfe. Dann aber scheiden sich die Geister. Extremisten fordern einen gross-serbischen Staat von der Adria (Linie Virovitica-Karlovac-Karlobag) bis an die mazedonisch-griechische Grenze. Gemässigtere Kreise werfen allerdings ein, dass in einem solchen Gross-Serbien die Serben einen Bevölkerungsanteil von weniger als 50 % hätten.

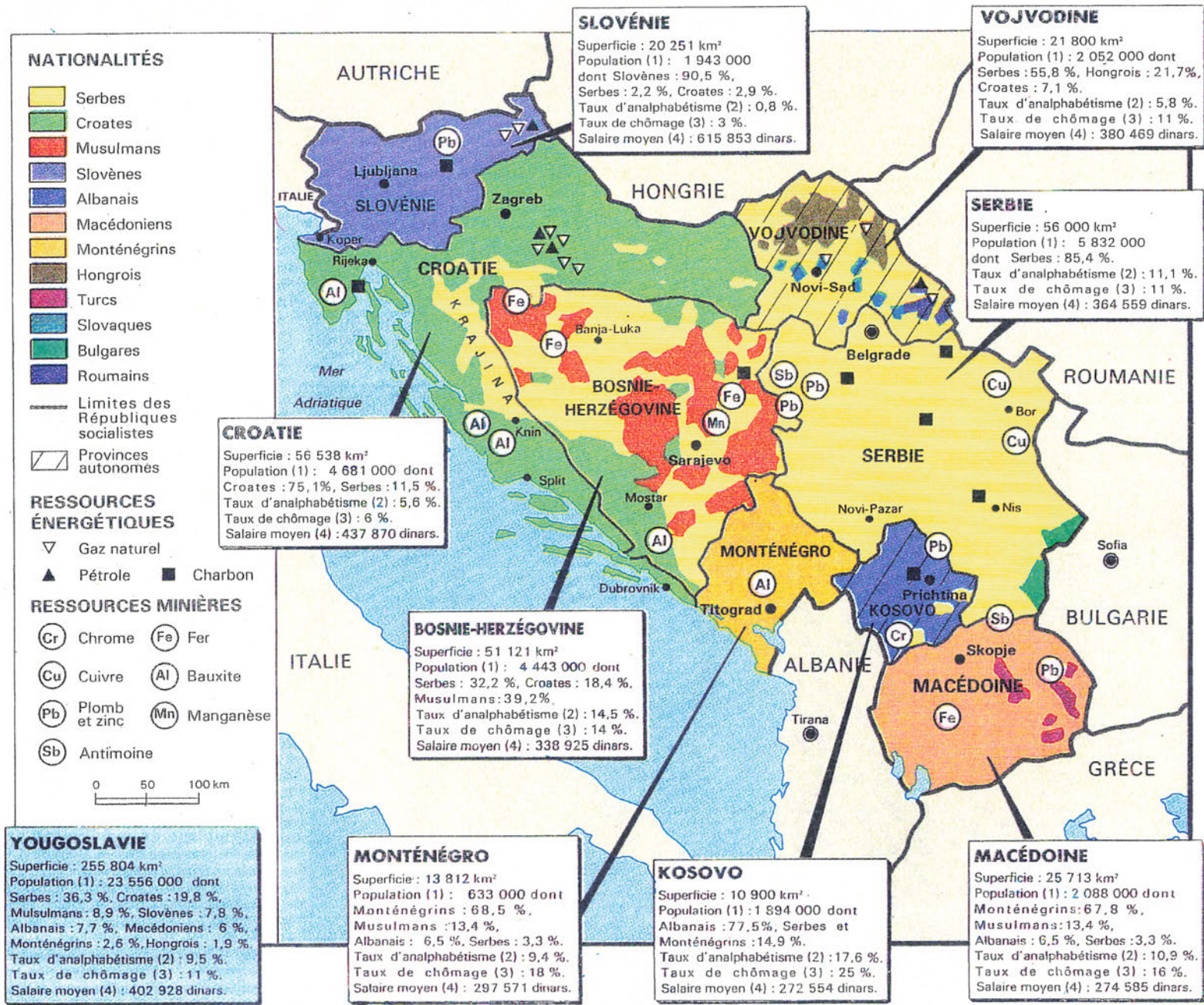
Der Führer der wichtigsten Oppositionsgruppierung, der serbischen Erneuerungsbewegung, Vuk Draskovic schlägt als Lösung eine Berichtigung der serbisch-kroatischen Grenze vor, so dass beide Seiten auf gewisse Gebiete verzichten und andere hinzu gewinnen würden.

Auf der Landkarte schiene dieser Lösungsvorschlag für Kroatien und Serbien noch einigermaßen machbar. Wenn aber einmal der kroatisch-serbische Konflikt in Verhandlungen gelöst sein sollte, ist damit zu rechnen, dass sich die Ansprüche des serbischen Nationalismus auf Bosnien-Herzegowina und Mazedonien ausdehnen werden, beides Teilrepubliken, die keineswegs unter serbischer Vorherrschaft leben wollen. Die vier Millionen Einwohner zählende Teilrepublik Bosnien-Herzegowina ist zudem selbst ein Vielvölkerstaat mit gerade 30 % Serben, 17 % Kroaten und 40 % Muslimen. Ebenso steht weiterhin die Frage der Kosovo-Albaner und der Ungarn in der Vojvodina an. Ungarn verfolgt die Ereignisse in der Vojvodina mit aufmerksamer Zurückhaltung. Albanien hat sich wiederholt besorgt zu den Ereignissen im Kosovo geäußert.

Solange die jetzige serbische Führung am Ruder ist, besteht wenig Hoffnung darauf, dass der serbische Nationalismus auf ein für die umliegenden Provinzen und Teilrepubliken erträgliches Mass zurückgeschraubt werden kann. Bis dies der Fall ist, ist die Aussicht auf eine dauerhafte Befriedung des Landes gering. Es besteht die Gefahr, dass, selbst wenn die EG-Beobachtermission in Kroatien wird für Ruhe sorgen können, weiter östlich neue Konflikte auftreten werden.

Entscheidend könnte möglicherweise die Wirtschaftslage werden. Das ganze Land ist dem wirtschaftlichen Zusammenbruch nahe. Für den Herbst werden rumänische Verhältnisse vorhergesagt. So ist bald mit grossem Mangel an Benzin, Heizöl, Medikamenten und Importgütern zu rechnen. Zunehmende Arbeitslosigkeit fördert die Gefahr von sozialen Unruhen. Eine zunehmende Belastung sind zudem die Flüchtlinge: 50'000 Serben sind bisher aus Kroatien ins serbische Mutterland geflohen (Kroatien zählt 30'000 Flüchtlinge).

Unter diesen Voraussetzungen ist es zweifelhaft, ob die jetzige Regierung Serbiens den nächsten Winter unbeschadet übersteht. Neue Inhalte der Republikspolitik sind dringend nötig. Diese können jedoch nur von einer neuen Führung kommen. Würde die alte Führungsmannschaft von ihrem nationalistischen Kurs abrücken, würde sie sich damit selbst desavouieren. Bemerkenswert ist das Aufkommen von Friedensdemonstrationen vor rund 14 Tagen, bis jetzt hauptsächlich in Bosnien-Herzegowina. Selbst in Belgrad machte sich die Opposition auf diese Weise bemerkbar.

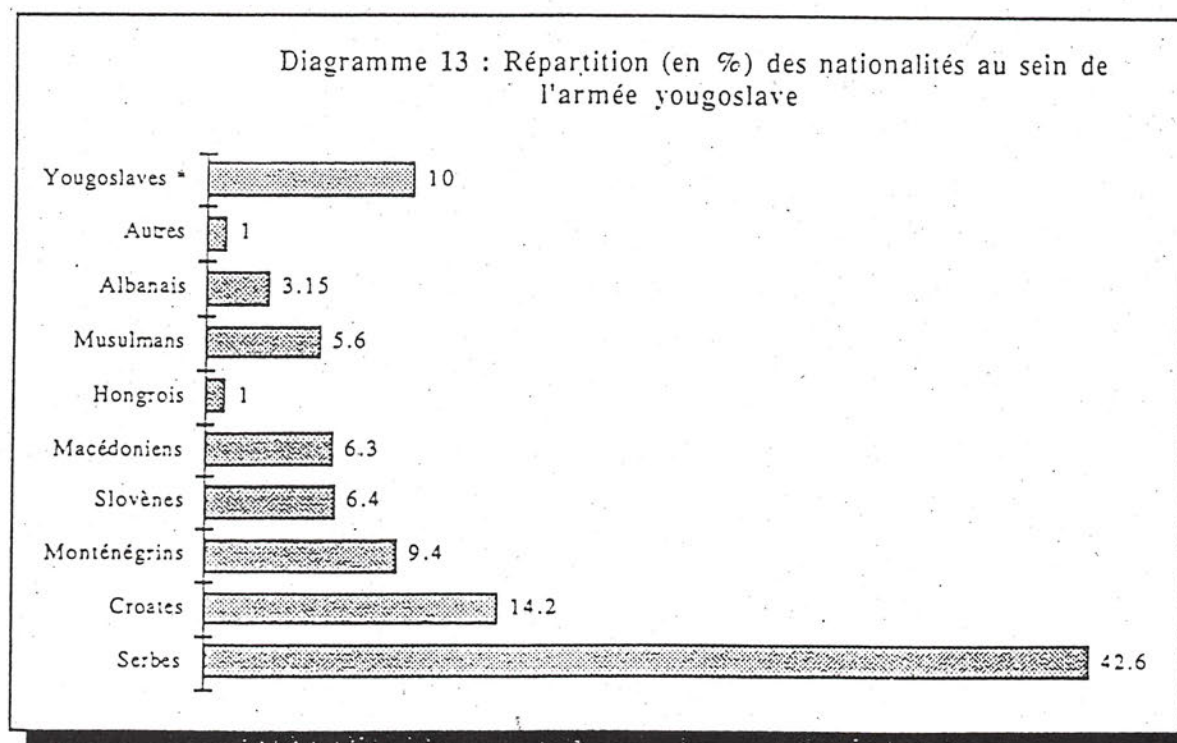
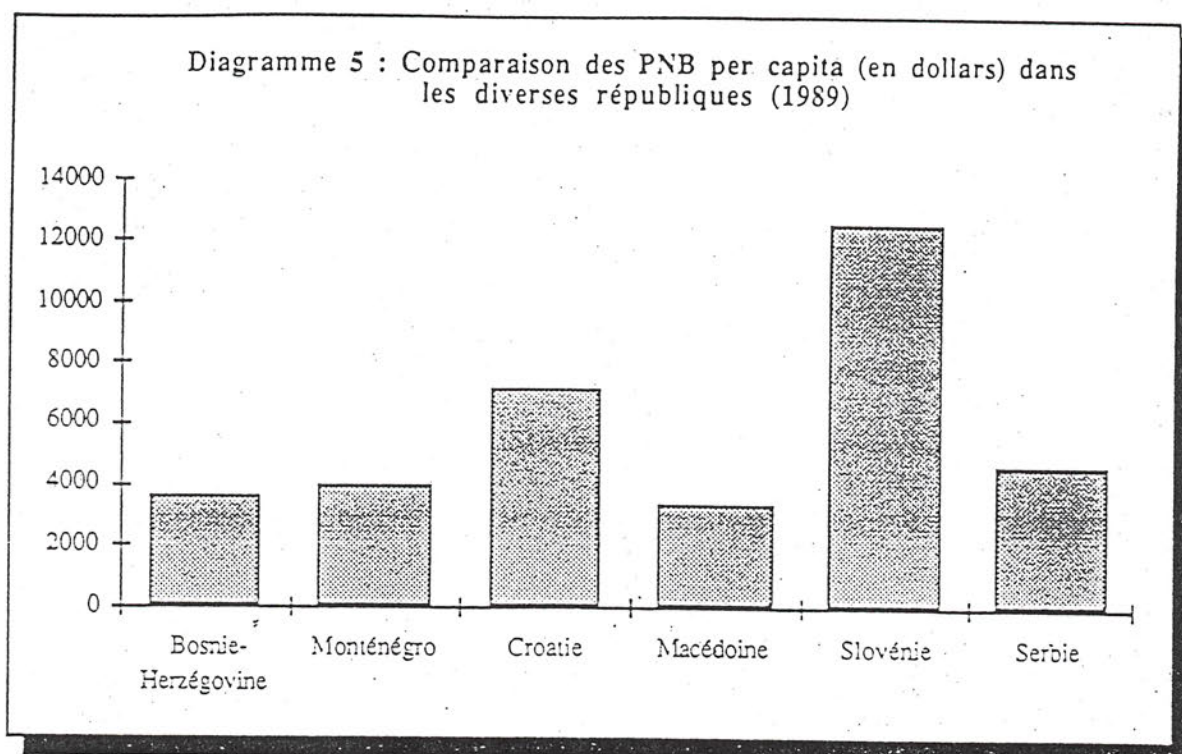


(1) Chiffres de 1990. (2) Au-dessus de dix ans (chiffres de 1981). (3) Chiffres de 1989. (4) Chiffres de 1988 (à cette date, 1 franc valait environ 230 dinars).

Philippe REKACEWICZ

L'inégal développement des six Républiques et des deux provinces autonomes.

Handwritten signature



* Par Yougoslaves, il faut entendre ici les citoyens qui se déclarent "yougoslaves", sans préciser leur nationalité ou leur appartenance ethnique.